

nach politischem Vorbild. Als Wirkmittel haben wir nur Wort und Beispiel, aber das eine wie das andere kann große Macht gewinnen, wenn man mit dieser Aufgabe nicht nur spezielle Institutionen belastet, sondern jeder sich mitverpflichtet sieht. Die Kirchen werden viel tun können, wenn sie wieder von den Pflichten, die dem christlichen Menschenbild inhärent sind, häufiger und stärker reden. Vor allem aber sind große Anstrengungen nötig, um zu zeigen, daß die katholische Soziallehre auf die Probleme unserer Epoche brauchbare Antworten zu geben imstande ist. Wie die Gesellschaft beschaffen ist, hängt indes in der Demokratie über das Zwischenglied Politik vom mehrheitlich vorherrschenden Menschenbild ab. Daher scheint mir: Den Kern einer aus der katholischen Überlieferung erneuerten Sozialtheorie, die den Mut zum System wieder gefunden hat, müßte darum die christliche Lehre vom Menschen und seiner Bestimmung auf Erden sein.

Erinnerungen an das künftige Europa

Von Otto B. Roegele

Im gleichen Jahr 1848, in dem die gewählten Abgeordneten zur Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche zusammentraten, um über eine Verfassung für das neue (groß- oder kleindeutsche) Reich zu beraten, fand auch die erste Konferenz der deutschen Bischöfe in Würzburg statt; in Mainz hielten die »Pius-Vereine« und die übrigen Organisationen der katholischen Laien ihre erste Generalversammlung ab.

Sofern nichts Unvorhergesehenes dazwischenkommt, werden die Stimmbürger der neun Staaten, die der »Europäischen Gemeinschaft« angehören, also Belgiens, Dänemarks, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, der Republik Irland, Luxemburgs, der Niederlande und Italiens, im Frühsommer nächsten Jahres erstmals das Parlament dieser Gemeinschaft, dem bisher nur Delegierte der nationalen Parlamente angehörten, in direkter, allgemeiner und geheimer Verfahrensweise wählen. Ihm werden 410 Abgeordnete angehören, davon 81 aus der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich Westberlin).

Welche Anstrengungen von seiten der katholischen Kirche werden diesen Vorgang begleiten? Wird es eine Konferenz der Bischöfe aus den neun Staaten der Europäischen Gemeinschaft geben? Werden die Spitzenverbände der katholischen Laien sich eine »europäische Struktur« schaffen? Welche Vorbereitungen, Vorüberlegungen und Vorstudien gibt es?

Europa war in Vergessenheit geraten

Als der Krieg zu Ende ging, als die Völker Europas sich ans Werk machten, die Trümmer aufzuräumen und eine neue Ordnung ihres Zusammenlebens zu entwerfen, war die Einigung der europäischen Staaten für sie ein großes, so gut wie allgemein akzeptiertes Ziel. Zu schrecklich waren die Opfer gewesen, die nationale und

nationalistische Politik gefordert hatte, um eine Fortsetzung dieses Weges geraten oder auch nur möglich erscheinen zu lassen. Aber sobald die Verhältnisse sich »normalisierten«, gewannen die nationalen Interessen, Ideen und Kräfte viel von ihrer Macht zurück. Die Montanunion wurde als Modell für eine nicht mehr auflösbare Zusammenarbeit in der Wirtschaft noch mehrheitlich begrüßt; doch die Verteidigungsgemeinschaft fiel einem Verfahrenstrick zum Opfer, mit ihr starb der Keim einer politischen Struktur, die sich nicht nur aus dem Zwang zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Militärpolitik, sondern auch aus dem Wortlaut und der Logik der Verträge ergeben hätte.

Für das Bewußtsein der Völker war vielleicht noch bestimmender, daß der größere und vordergründig wichtigere Teil der Früchte, die man von einer politischen Einigung erwartete, sich alsbald auch ohne diese einstellte: Grenzen verloren ihre hindernde Kraft, moderne Verkehrsmittel machten Paris und Rom, Bonn und Kopenhagen, Brüssel und London zu Nachbarstädten. Die Währungsreform und der Wirtschaftsaufschwung in der Bundesrepublik ermöglichten Millionen Deutschen das Reisen in und durch Europa, als wäre es ihr eigenes Land. Wozu sollte man noch zusätzliche Anstrengungen, ja vielleicht sogar Opfer auf sich nehmen, um eine politische Gemeinschaft zu errichten, die doch offenkundig das Schwierigste von allem war, obwohl ihr Zustandekommen keine Mehrung der Vorteile versprach?

Hinzu kam, daß der inzwischen errichtete »Gemeinsame Markt« je länger um so deutlicher auch seine Schattenseiten erkennen ließ: die groteske Verzerrung des Wettbewerbs, die gigantische Bürokratisierung, die Naturwidrigkeit von »Butterbergen«, die angeblich nur abgebaut werden können durch die paranoisch-selbstmörderische Subventionierung ihrer Verschleuderung, und zwar nicht etwa an hilfsbedürftige Armutsländer, sondern an kommunistische Regimes, die dadurch in die Lage versetzt werden, ihre Mißwirtschaft zu verschleiern, wobei für die »eurokommunistischen« Parteizentralen noch ein Milliarden-Obolus aus Steuergeldern als Provision abfällt. So wurde Europa aus einem begeisternden Traum zu einem Alldruck, von einer mitreißenden Idee zu einem undurchsichtigen Behördenvorgang. In einem gewissen – freilich eingeschränkten – Sinne läßt sich behaupten, die europäische Einigung habe im Maße ihrer Verwirklichung an Anziehungskraft verloren.

Auch die »Entspannungspolitik« hat dazu beigetragen, daß viele Zeitgenossen die Herstellung eines gemeinsamen Handlungswillens der Europäer nicht mehr als lebensnotwendig empfanden. Solange die Welt offensichtlich in der Gefahr stand, zwischen zwei Supermächten aufgeteilt zu werden, hielt man die Bildung einer »dritten Kraft« Europa für lebenswichtig, wiewohl man schon damals zweifelte, ob es zu mehr als einer »dritten Schwäche« reichen werde. Das Hinzutreten weiterer (künftiger) Weltmächte, das Aufbrechen des Nord-Süd-Konfliktes, der die Ost-West-Spannung zu relativieren schien, der (tatsächliche oder vermeintliche) »Polyzentrismus«, der die »Blöcke« und »Lager« abzulösen versprach – das alles lieh dem Ruhe- und Komfortbedürfnis der Europäer so viele Gründe der Rechtfertigung, daß ein gefährliches, da unbegründetes Gefühl der Sicherheit sich einstellte und die Rückkehr zu den Spielen der nationalstaatlichen Politik ohne Protest hingenommen wurde.

Erst als die Politik der Entspannung – sehr rasch – an ihre Grenzen stieß, da man

die Ursachen der Spannung nicht, wie es die Sache erfordert hätte, vorher beseitigt oder wenigstens vermindert hatte, als selbst die vielbejubelte »Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit« in Helsinki und die parallel laufenden Abrüstungsverhandlungen sich als Schall- und Rauchkulisse erwiesen, hinter der die Kriegsvorbereitungen womöglich noch verstärkt vorangetrieben wurden, als Emigranten und Ausgewiesene ihre Stimmen erhoben und in ihren Anklagen gegen die Terror-systeme in Osteuropa selbst von den engagierten Lobrednern der Entspannungspolitik nicht widerlegt oder übertönt werden konnten, als in manchen Weltkonflikten eine Verhaltensweise der »Supermächte« sichtbar wurde, die auch von vertrauensseligen Beobachtern nur als Ausdruck hintergründiger Komplizität gedeutet werden konnte, erinnerte man sich erneut der europäischen Möglichkeiten. Inwieweit die Anwesenheit von Millionen ausländischer Arbeiter, fast ausschließlich aus den europäischen Mittelmeerländern, in den nördlichen Industriestaaten – wahrscheinlich die größte Bevölkerungsbewegung in Europa seit jener Epoche, die man Völkerwanderungszeit zu nennen pflegt – zu dieser Vergegenwärtigung beigetragen haben mag, ist sehr wenig bekannt; eigentlich müßte man ja annehmen, daß ein Vorgang von solcher Dimension auch entsprechende Wirkungen ausübt; aber hier (wie beim Massen-Tourismus) scheinen die Millionen nicht zu zählen; die auf dem gleichen Boden lebenden, in den gleichen Betrieben arbeitenden Volksgruppen nehmen voneinander kaum Kenntnis; sie sind für einander nur als Funktionsträger da, als Gegenstände, nicht als Menschen, die ein Volk, eine Kultur, einen politischen Stil repräsentieren.

Wenn man sich jetzt Europas erinnert, dann im Hinblick auf die erste europäische Volkswahl, auf ein Ereignis also, bei dem über die Verteilung von Macht entschieden werden soll. Das gilt auch für den Fall, daß das zu wählende Parlament in absehbarer Zeit mit den bescheidenen Kompetenzen vorliebnehmen muß, die es antrifft und über die es nach den Vorstellungen der heutigen Regierungen in Paris und London nicht hinausgelangen darf. Parlamente, deren Mitglieder sich auf den unmittelbaren Auftrag ihrer Wähler stützen können, entwickeln nach aller historischen Erfahrung einen Drang zur Ausweitung ihrer Zuständigkeiten. Aber selbst wenn sie vorerst noch keine Gesetze beschließen, keine europäische Verfassung ausarbeiten, keine direkte Kontrolle über die Brüsseler Kommission ausüben und auch nicht den – tatsächlich herrschenden – Ministerrat aus seiner Rolle allmählich verdrängen können, werden sie eine sehr wichtige Rolle spielen und die bestehende Machtverteilung mit der Zeit nicht unerheblich verändern.

Selbst wenn das Europäische Parlament vorerst nur zwei Aufgaben uneingeschränkt wahrnehmen kann: Ausdruck des politischen Willens sowie Forum der Artikulation und Aussprache der unterschiedlichen Optionen der Europäer zu sein, wird es eine Macht gewinnen können, die keine nationale Regierung ungestraft geringachten darf. Bereits der Wahlkampf wird das zeigen. Erstmals werden die Parteien und deren Sprecher genötigt sein, ihre Vorstellungen über das künftige Europa, seinen Aufbau und seine Aufgaben, deutlich zu machen, zu konkretisieren und gegen anderslautende Vorstellungen zu verteidigen. Damit wird eine Fülle von Problemen aus dem Dämmer zwischenstaatlicher, d. h. »intergouvernementaler« Absprachen heraus- und in das Licht der öffentlichen Debatte eintreten. Es war schon immer schwer zu verstehen, weshalb die professionellen Rufer nach »mehr

Transparenz« sich nie mit der eigentlich von ihnen zu erwartenden Leidenschaft für das endliche Zustandekommen eines »politischen Europa« eingesetzt haben; denn Durchsichtigkeit, Kontrolle, Meinungswettbewerb sind in einer wachsenden Zahl wichtiger Fragen heute nur dann möglich, wenn es europäische Institutionen mit entsprechender Verantwortung und Kontrolle gibt, auf der europäischen Ebene, auf der diese Fragen praktisch entschieden werden.

Warum ein kirchliches Interesse?

Die deutschen Katholiken sind an den Fragen, die die politische Zukunft Europas betreffen, zunächst in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger interessiert, mit gleichem Recht, aber auch mit gleicher Verpflichtung wie alle anderen. Ihre eigene geschichtliche Erfahrung kann ihnen wertvolle Hinweise geben, auch unüberhörbare Warnungen. Dem Nationalstaat, der 1871 gegen den Willen ihrer großen Mehrheit auf »kleindeutscher« Basis zustandekam, besonders nachzutrauern, haben sie keinen Anlaß, wenn sie ihm auch als loyale Bürger treu gedient und enorme Opfer gebracht haben. Die Nationalität als alleiniges Prinzip der Staatsbildung hat seine Unfähigkeit gezeigt, ein friedliches Zusammenleben der Völker zu organisieren. Das ist eine Erkenntnis aus der europäischen Geschichte, die dadurch nicht aufgehoben wird, daß viele – auch katholische – Europäer, die unter kommunistischer Herrschaft zu leben gezwungen sind, ihre Hoffnung auf die Durchsetzungskraft nationaler Ideen setzen.

Als Christen und aktive Glieder ihrer Kirche haben die Katholiken ein besonderes Interesse daran, daß das in Jahrhunderten gewachsene, in den nationalen Staaten sehr unterschiedliche Verhältnis von staatlicher und geistlicher Sphäre durch das Entstehen eines europäischen Überbaus zumindest nicht verschlechtert wird. Viele Katholiken blicken heute mit Besorgnis auf ein direkt gewähltes Neuner-Parlament, weil sie befürchten, daß darin eine starke kommunistische Fraktion tätig werden und sich womöglich durchsetzen werde. Angesichts der Zersplitterung auf der »bürgerlichen« Seite und der Volksfront-Neigungen bei manchen sozialistischen Parteien ist das verständlich; aber es gibt noch weitere Ursachen für Wachsamkeit. Die in der Bundesrepublik Deutschland nach bitteren Erfahrungen der Geschichte gefundene Formel für das Verhältnis von Staat und Kirchen – institutionell getrennt, aber partnerschaftlich zusammenwirkend – wird in anderen europäischen Staaten abgelehnt. Französische Katholiken zum Beispiel haben dafür wenig Verständnis, da ihre Geschichte ihnen andere Erfahrungen zuteil werden ließ. Aber auch sozialistische und liberalistische Kräfte finden das »deutsche Modell« abbruchreif, wiewohl aus anderen Motiven. Hier sind Koalitionsmöglichkeiten vorgeprägt, die man rechtzeitig ins Auge fassen muß, um ihnen begegnen oder standhalten zu können. Von der Kirchensteuer bis zum Religionsunterricht in der Schule wird man Positionen in Frage gestellt finden, die bisher nur in Denkschriften der Jungdemokraten oder der Jungsozialisten angegriffen wurden. Auch wenn es manchem lästig und vielen überflüssig vorkommen mag – es führt kein Weg daran vorbei, daß längst erledigt geglaubte Debatten wieder aufgenommen, zu den Akten gelegte Prozesse revidiert und die Argumente aus dem Zeughaus der Kulturkämpfe zurückgeholt und aufpoliert werden.

Gewiß wird die Ausarbeitung einer Verfassung nicht so rasch ins Blickfeld des Europäischen Parlaments treten. Dafür besitzt es vorerst keine Kompetenzen, und wenn es nach dem Willen wohl der meisten nationalen Regierungen geht, wird es dabei auch recht lange bleiben. Aber das schließt nicht aus, daß sich alsbald eine Auseinandersetzung über das entspinnen wird, was man Grundwerte nennt und wovon sich die Grundrechte wie die Grundpflichten der Staatsbürger ableiten. Obwohl die Staatsverfassungen der neun Mitgliedsländer allesamt aus der westlich-demokratischen Tradition erwachsen sind, kennen sie doch Unterschiede in der Einstellung zu diesen Grundwerten, die über Formulierungsfragen hinausgehen. Schon deshalb wird es sich kaum vermeiden lassen, daß ein europäischer Vergleich mit dem Ziel der Angleichung stattfindet, weil ein deutliches Gefälle innerhalb der Gemeinschaft zu Unzufriedenheit, ja zu Unfrieden führen müßte. Die in den letzten Jahren in Deutschland begonnene Grundwerte-Diskussion gewinnt somit eine über die nationalen Grenzen hinausweisende Bedeutung, die man wohl schon jetzt mitbedenken sollte. Dabei wäre es wichtig, eine Mahnung von Hans Maier sehr ernst zu nehmen: Es darf nicht der Eindruck entstehen, die Forderung nach Anerkennung und Verdeutlichung von Grundwerten in Staat und Gesellschaft sei ein »katholisches Anliegen« in dem Sinne, daß die Katholiken dergleichen in ihrem eigenen gruppenhaften Interesse forderten, für sich und um der Durchsetzung ihrer Vorstellungen willen. Sowohl in der deutschen wie in der europäischen Debatte muß klar herausgearbeitet werden, daß sich die Katholiken deshalb zu Anwälten von Grundwerten machen, weil keine Gemeinschaft auf die Dauer existieren kann, wenn in ihr nicht bestimmte Grundwerte als gültig respektiert werden. Weder in europäischen noch in nationalen Zusammenhängen darf es dahin kommen, daß Grundwert-Entscheidungen als Zugeständnisse an die Katholiken und ihre Kirche betrachtet werden, die man gegen entsprechende Gegenleistungen verrechnen und somit in das *Do-ut-des*-Kalkül der Gruppenauseinandersetzungen einbeziehen kann.

Verpflichtung aus der Geschichte

Wenn Christen sich fragen, was sie mit Europa zu schaffen haben, tönt ihnen die vielstimmige Antwort ihrer eigenen Geschichte entgegen. Vor allem Pius XII. ist nicht müde geworden, dieses Erbe zu beschwören und der jetzt lebenden Generation vor Augen zu stellen. Weil das Christentum »die Seele der Völker Europas modelliert« habe, weil die Entwicklung Europas ohne das Christentum nicht gedacht werden könne, weil die christlichen Werte bis heute fortwirkten, deshalb mußten die Christen sich mit besonderem Eifer und exemplarischer Dienstwilligkeit am Bau des künftigen Europa beteiligen.

Aber auch Johannes XXIII. hat das historische Argument nicht außer acht gelassen, wenn er sich – wie etwa 1962 an die »Semaine Sociale de France« in Straßburg – zu Fragen der europäischen Einigung äußerte, wiewohl es ihm offensichtlich näherlag, die Bedeutung moralischer und sozialetischer Gesichtspunkte für die Einigungspolitik zu betonen.

Paul VI. sprach mehrfach vom katholischen Glauben als der »Seele eines sozial und politisch geeinten Europa« (so in der Ansprache vom 3. 9. 1963), identifizierte

sich mit den Zielen der Einigungspolitik und bezeichnete sie als den »glücklichen Abschluß einer unglücklichen Geschichte«.

Nicht ohne verpflichtende Kraft sollte auch die Tatsache bleiben, daß es katholische Staatsmänner waren, die sich bei der Verwirklichung der europäischen Idee nach dem Zweiten Weltkrieg besonders hervorgetan und, freilich mit kraftvoller Unterstützung aus ihrer katholischen Wählerschaft, aber nicht nur aus ihr, und gegen damals sehr mächtige Widerstände, die ersten großen Erfolge erzielt haben. Die Namen Adenauer, de Gasperi, Schuman mögen unter innenpolitischen Gesichtspunkten unterschiedliche Empfindungen hervorrufen; daß sie der Sache Europas entscheidende Dienste erwiesen haben, wird kein unvoreingenommener Beurteiler in Abrede stellen. Am eindeutigsten erscheint der Beweis *e contrario*: seitdem dieses europäische Dreigestirn erloschen ist, wollte es auch mit Europa nicht mehr vorangehen.

Weisungen und Folgen des II. Vatikan-Konzils

Die Konstitution »Gaudium et spes« vom 7. 12. 1965 widmet dem Thema »Aufbau der internationalen Gemeinschaft« ein eigenes, ziemlich umfangreiches Kapitel. Darin wird deutlich gemacht, daß die Kirche auf der übernationalen Ebene so wenig wie auf der nationalen verwechselt werden darf mit der politischen Ordnung, was ihre Aufgabe und ihre Zuständigkeit angeht, daß sie sich an kein politisches System gebunden wissen will, daß sie aber diesen Systemen gegenüber auch keineswegs indifferent sein kann, da sie »zugleich Zeichen und Schutz der Transzendenz der menschlichen Person« ist und bestimmte Bedingungen dafür fordern muß, daß sie ihre Aufgaben in der Welt erfüllen kann.

Die Autorität der Kirche kann somit auch nicht für oder gegen ein konkretes Einigungsmodell in Anspruch genommen werden; es kommt ihr nur darauf an, daß die geistigen Werte, für die sie stets und überall einzutreten verpflichtet ist, geachtet werden, so daß es den Christen nicht schwer oder gar unmöglich gemacht wird, nach den Regeln ihres Glaubens zu leben, und daß sie selbst die für ihr Wirken erforderliche Freiheit genießt. Den Christen ist es überlassen, ihren Sachverstand und ihre politischen Zielvorstellungen in einem weitgespannten Rahmen zur Geltung zu bringen; sie sind dazu aber auch im Gewissen verpflichtet, sie müssen ihren bestmöglichen Beitrag zum Aufbau internationaler Strukturen leisten, weil es sich dabei um einen Teil ihres Weltdienstes handelt.

Wer dies als »Europa-Ideologie«, als Abendland-Schwärmerei, als politische Romantik oder Nostalgie bezeichnet, hat entweder nicht begriffen, um was es geht, oder keinen guten Willen. Das Postulat einer spezifischen Verantwortung der Christen für den Aufbau einer europäischen politischen Struktur ist in der vom II. Vatikan-Konzil neu gefaßten staatsbürgerlichen Pflichtenlehre gut begründet und bezieht sich auf sehr zeitgemäße und konkrete Probleme, die nicht so sehr zu tun haben mit Machtstreben oder Rechtsansprüchen der Kirche als mit fundamentalen Werten und Erfahrungen, die respektiert werden müssen, wenn ein menschenwürdiges Miteinander in diesem kommenden Europa möglich sein soll.

Das Konzil war es auch, von dem die ersten Impulse zur Entwicklung eines Bewußtseins der Zusammengehörigkeit unter den Bischöfen ausgingen. In der Auf-

zeichnung, die Kardinal Julius Döpfner für die Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz 1976 unter dem Titel »Kirche und Europa« verfaßt hatte und die nach seinem Tode von Kardinal Joseph Höffner »in den Grundzügen« vorgetragen wurde, heißt es hierüber:

»Der Gedanke, daß die europäischen Bischöfe Kontakt miteinander aufnehmen sollten, nahm gegen Ende des Zweiten Vatikanums konkrete Gestalt an. Während des Konzils hatten sich jeden Freitag 22 Bischöfe als Vertreter der größten Bischofskonferenzen der Welt in der Domus Mariae zu Rom getroffen. Gegen Ende des Konzils beschloß man, diese weltweite Konferenz nicht fortzusetzen, da das Anliegen durch die Römische Bischofssynode verwirklicht sei. Auf europäischer Ebene jedoch wollte man das Gespräch fortsetzen. Von den Vorsitzenden der europäischen Bischofskonferenzen wurde ein Kontaktkomitee von sechs Bischöfen (les six) beauftragt, gemeinsame europäische Pastoralfragen zu besprechen und den Kontakt unter den europäischen Bischöfen zu pflegen, mit dem Ziel der gegenseitigen Information und auch, soweit nötig, der Kooperation. Das Kontaktkomitee erörterte in zahlreichen Konferenzen pastorale Probleme, die sich aus der innereuropäischen Mobilität in den Bereichen des Arbeitsmarktes, des Tourismus und des kulturellen Lebens (Studentenaustausch, wissenschaftliche Kongresse, europäische Schulen, Eurovision usw.) ergeben. Auch fanden Gespräche mit den Vertretern des »Forum Europaeum« der europäischen Nationalkomitees der Laienarbeit statt.

Charakteristisch für die europäischen Bischofskontakte ist von Anfang an der Blick auf das ganze Europa gewesen. Mitglied des Kontaktkomitees war deshalb seit seiner Gründung im Herbst 1965 der Erzbischof Kominek von Breslau. Auch nahmen an den vom Kontaktkomitee angeregten Bischofssymposien zu Noordwijkerhout, Chur und Rom Bischöfe aus den osteuropäischen Ländern teil. Im Jahre 1971 erhielt der Zusammenschluß der europäischen Bischöfe seine institutionelle Grundlage durch die Gründung des Rates der Bischofskonferenzen Europas (CCEE). Die Mitglieder des CCEE werden von den Bischofskonferenzen für drei Jahre delegiert. Das Sekretariat des CCEE in Chur steht mit den Sekretariaten der einzelnen Bischofskonferenzen, deren Sekretäre sich hin und wieder treffen, in Verbindung.«

Der »Rat der europäischen Bischofskonferenzen« (»Consilium Conferentiarum Episcopaliū Europae«) wurde zu Beginn des Jahres 1977 in aller Form kirchenrechtlich anerkannt. Nachdem die Vollversammlung des CCEE im Herbst 1976 die provisorischen Statuten nochmals beraten und danach der Kongregation für die Bischöfe vorgelegt hatte, genehmigte diese mit dem Dekret »Europae sacrorum antistites«, das von Paul VI. am 10. 1. 1977 unterzeichnet wurde, Einrichtung und Arbeitsweise des Rates. Ihm gehören zur Zeit 19 Delegierte der Bischofskonferenzen sowie vier weitere Bischöfe an, die aus Ländern kommen, in denen es, aus unterschiedlichen Ursachen, keine nationalen Bischofskonferenzen gibt, nämlich Luxemburg, Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien. Präsident des Rates ist der Erzbischof von Marseille, Roger Etchegaray; zu Vizepräsidenten wurden Jean-B. Musty, Weihbischof von Namur, und Jerzy Stroba, Bischof von Stettin, gewählt. Als Sekretär fungiert seit Jahren Alois Sustar, gebürtiger Slowene, nach Studien in Rom nach 1949 Seelsorger und Professor für Moraltheologie in Chur, von 1968 bis 1977 dort Bischofsvikar und Pressereferent der Bischofskonferenz. Im Januar

1977 kehrte Sustar nach Ljubljana (Laibach) zurück und wurde dort als Domkapitular installiert.

Kardinal Döpfner hat sehr deutlich das Problem gesehen, das der Kirche und damit auch dem Zusammenschluß von Bischöfen durch die Teilung Europas in politische »Blöcke« auferlegt wird: »Die Begegnung der Bischöfe aus West- und Osteuropa im Rahmen des CCEE darf gegenüber dem »kleinen Europa« der Politiker unter keinen Umständen in Frage gestellt werden. Allerdings bringt es die Zusammensetzung des CCEE mit sich, daß diese Konferenz sich nicht in dem erforderlichen Maße mit den besonderen pastoralen Fragen befassen kann, die sich aus der Tätigkeit der Institutionen des »kleinen Europa« ergeben. Hier muß in Zukunft mehr geschehen.«

In der Tat tut sich hier ein weites Feld komplizierter Sachaufgaben auf, das dringend nach Entscheidungen verlangt. Es geht ja nicht allein um die Spaltung Europas durch den »Eisernen Vorhang«; auch die (noch) freien Länder Europas gehören nicht alle zur »Europäischen Gemeinschaft«. Einige sind Mitglieder des Europarates, haben aber nicht die Absicht, engere Bindungen einzugehen. Andere – wie Spanien und Portugal – befinden sich noch auf dem Wege zu den europäischen Institutionen. Auch die Kirche und ihre Amtsträger werden gezwungen sein, ihre Beziehungen zu diesen verschiedenen Europa-Strukturen, die sich nicht einmal – wie es einfacher wäre – im Bilde konzentrischer Kreise darstellen lassen, auf entsprechend differenzierte Weise anzulegen und auszubauen.

Der Vatikan und die europäischen Institutionen

Der Heilige Stuhl und seine Dikasterien haben dies bereits getan. Seit Dezember 1970 ist der Apostolische Nuntius in Brüssel nicht nur bei der belgischen Regierung akkreditiert, sondern auch bei der Europäischen Gemeinschaft. Der Kulturkonvention des Europa-Rates in Straßburg trat der Vatikan bereits 1962 bei; inzwischen »arbeitet er offiziell in . . . 66 Komitees auf europäischer Ebene« mit, und zwar im politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich. Zur Eröffnung des neuen Europa-Palasts entsandte Paul VI. einen seiner nächsten Mitarbeiter, Erzbischof Giovanni Benelli, nach Straßburg. Wenn auch keine kirchliche Hausweihe stattfand – der französische Staatspräsident nahm die »inauguration« vor, als handelte es sich um ein nationales Ereignis –, so übermittelte Benelli doch am 28. Januar 1977 eine Botschaft an die neunzehn Mitgliedsstaaten, in welcher der Papst auf »die besondere Verantwortung Europas vor der ganzen Welt« hinwies, die darin bestehe, daß es »im Interesse aller Zeugnis ablegen müsse für die wesentlichen Werte der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Personwürde, Solidarität und Liebe«. Der Papst bekundete und begründete bei dieser Gelegenheit auch »seinen Willen, dabeizusein und teilzunehmen, um die ganz menschlichen, die geistigen und die moralischen Aspekte dieses geschichtlichen Unternehmens (der europäischen Einigung) zu festigen«. Die christliche Tradition sei ein wesentlicher Bestandteil Europas; sie sei allerdings weder ein Instrument der Einigung, noch sei diese ein Mittel zur Evangelisierung. Der Vatikan biete seinen Beitrag an, um die Völker »bei der Verwirklichung ihrer Zukunft nach ihrer eigenen Identität zum Wohle aller zu unterstützen«.

Der Heilige Stuhl ist auch beim Europa-Rat diplomatisch vertreten. Der Nuntius in Paris, Erzbischof Egano, wird im »Annuario Pontificio« als »Inviato Speciale con fuzioni dell'Osservatore Permanente«, als Sondergesandter mit den Aufgaben eines Ständigen Beobachters, aufgeführt (Ausgabe 1976, S. 1111). Als sein Delegat führt der spanische Prälat Mullor in Straßburg die Geschäfte.

Im Jahre 1976 richtete das Staatssekretariat des Papstes in Brüssel und Straßburg den »Service d'information pastorale européenne catholique« ein, als »Informations- und Kontaktstelle für europäische Fragen, soweit sie für Kirche und Seelsorge relevant sind« (Vorwort zum ersten Mitteilungsblatt vom März 1977). SIPECA soll vor allem das Staatssekretariat und die Bischofskonferenzen in Europa über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften und des Europa-Rates unterrichten. Die neue Institution, die im Innenverhältnis dem Nuntius in Brüssel zugeordnet ist, aber keinen diplomatischen Status besitzt, wird von Msgr. Gerhard Bauer geleitet.

Das »Katholische Sekretariat für europäische Fragen« (KASEF/OCIPE) führt sein Bestehen auf den französischen Jesuitenpater Jean du Rivau zurück, den Gründer des »Bureau International de Liaison et de Documentation« (BILD) und der Zeitschriften »Dokumente« und »Documents«, der sich um die deutsch-französische Verständigung und den Kulturaustausch zwischen den beiden Ländern bereits historisch gewordene Verdienste erworben hat. Das Sekretariat besteht in Straßburg seit 1956, mit einem Büro in Brüssel seit 1963; es wird von neun europäischen Bischofskonferenzen unterstützt, dient als Informationsbüro für die »Konferenz der internationalen katholischen Organisationen«, veranstaltet Studientagungen und veröffentlicht ein Mitteilungsblatt (»KASEF-Dienst«) in deutscher und französischer Sprache.

Neben dem von Kardinal Döpfner erwähnten »Laienforum« (Forum Europaeum), auf dessen letzter Tagung im Juli 1976 in Louvain-la-Neuve (hier sind die Neubauten für den aus Löwen ausgewanderten französischsprachigen Teil der katholischen Universität entstanden) die »Verantwortlichkeit der Christen für Europa« diskutiert wurde, besteht auch eine europäische Kooperation der Priesterräte. Das »Zweite Europa-Treffen der Delegierten der Priesterräte« fand Ende April 1976 in Wien statt; dabei scheint allerdings das Thema Europa nur im Blick auf den Erfahrungsaustausch verhandelt worden zu sein.

Europa-Aktivität der Verbände

In der letzten Rede, die Kardinal Döpfner am 21. Mai 1976 vor dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken in Bad Godesberg hielt, erging ein dringender Appell an die Vertreter der Laienschaft aus Verbänden und Diözesen: »Die Laien haben im vergangenen Jahrhundert die Zusammenarbeit der Kirche auf nationaler deutscher Ebene und die Mitarbeit der Christen in Staat und Gesellschaft bahnbrechend verwirklicht. Beides ist heute auf europäischer Ebene notwendig: Die Zusammenarbeit der Kirche in den europäischen Ländern – dabei denke ich an West und Ost – und die Initiative und gestaltende Mitarbeit der Katholiken an der politischen Einigung Europas, wenn das auch *zunächst* nur zwischen einigen Staaten

Westeuropas realistisch erscheint. Sorgen Sie mit dafür, daß die politische Gestaltung Europas aus christlichem Geist, aus dem christlichen Verständnis vom Menschen erfolgt. Dies kann nur gelingen, wenn es zu einer intensiveren Zusammenarbeit der Kirche in allen Ländern Europas kommt. Die Zeit drängt!«

Dieser Aufruf des Kardinals blieb nicht ohne Echo. Die Delegiertenversammlung der katholischen Verbände Deutschlands beschloß am 17. September 1976 eine Erklärung, in der sie Europa als »Aufgabe der jetzt lebenden Generation« bezeichnete und zugleich versprach, die Kräfte des organisierten deutschen Katholizismus für eine Wiederbelebung der Einigungspolitik und für die Verstärkung des christlichen Beitrags zu ihr einsetzen zu wollen: »Die europäischen Fragen müssen in unser Denken, Planen und Handeln einbezogen werden; sie müssen in unserer Arbeit einen höheren Rang einnehmen. Deshalb halten wir es für unbedingt erforderlich, die Zusammenarbeit mit unseren katholischen Partnerorganisationen in den europäischen Ländern auszubauen. Diese Kontakte verlangen menschliche Begegnungen, die eine unerläßliche Voraussetzung für den notwendigen Dialog über die geistigen Grundlagen eines neuen Europas sind.« An die Kirchenobrigkeit richtete die Delegiertenversammlung zwei Forderungen: nach »systematischem Aufbau von Informationskontakten zwischen den europäischen Kirchen« und nach dem »baldigen Ausbau von Strukturen, die geeignet sind, die europäische Bewußtseinsbildung unter den Katholiken zu fördern, kirchliche Vorstellungen für Europa zu formulieren und die Partner der europäischen Institutionen zu sein«. Von den Verbänden verlangte die Delegiertenversammlung u. a. eine Intensivierung der Bildungsarbeit über europäische Probleme, Verstärkung des Erfahrungsaustauschs mit europäischen Partnern sowie eine bessere (auch sprachliche) Ausbildung der Verbandsmitglieder, damit diese in europäischen Gremien wirkungsvoller mitarbeiten können.

Zweifellos wird viel davon abhängen, wie sehr sich die Breitenarbeit der Verbände der Behandlung europäischer Themen zuwendet und die Meinungs- und Willensbildung im katholischen Volksteil, aber auch über ihn hinaus, damit zu beeinflussen vermag. Das Engagement der Bischöfe, die Schaffung kirchlicher Institutionen im Blick auf das Europa von heute und morgen sowie Absichtserklärungen und Begegnungen, die mehr oder weniger folgenlos bleiben, reichen nicht aus, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Kardinal Döpfner hat es in seinem Redekonzept, das nun sein europäisches Testament geworden ist, in drei Fragen anvisiert:

»Welche *geistigen Kräfte* werden im geeinten Europa dominieren? Ein rein technokratisches Europa hätte keinen Bestand . . . Welches *Menschenbild* wird Geltung gewinnen? Die Geschichte Europas ist von der Achtung vor der Würde des Menschen bestimmt. Persönliche Verantwortung, Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit, Recht auf Leben und Familie sind kennzeichnend. Daraus ergeben sich bestimmte Grundsätze für die Gestaltung des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Lebens. Der Mensch steht im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens. Werden sich diese Grundsätze durchsetzen, oder wird der Kollektivismus das Europa der Zukunft beherrschen? . . . In Deutschland sind Staat und Kirche unabhängig voneinander, was nicht frostiges Sich-nicht-Kennen bedeutet. Auf der Basis gegenseitiger Anerkennung hat sich vielmehr eine Kooperation auf vielen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ergeben. Das ist nicht in allen europäischen Ländern so. Welches Staat-Kirche-Verhältnis wird sich in Europa durchsetzen?«